Stand: 16.12.2025 03:28:23

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9827

"Historisch-kritische Auseinandersetzung mit "Mein Kampf": Schulen und Lehrkräfte gezielt unterstützen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9827 vom 29.01.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/11073 des BI vom 13.04.2016
3. Beschluss des Plenums 17/11373 vom 10.05.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 73 vom 10.05.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 29.01.2016 **Drucksache 17/9827**

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Historisch-kritische Auseinandersetzung mit „Mein Kampf": Schulen und Lehrkräfte gezielt unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Bildung und Kultus unverzüglich schriftlich und mündlich über die historisch-kritische Auseinandersetzung mit Hitlers Hetzschrift „Mein Kampf“ an den bayerischen Schulen – speziell unter den gewandelten Rahmenbedingungen (Ablauf der Urheberrechte, Veröffentlichung der kritischen Edition des Instituts für Zeitgeschichte) – zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. In welchen Jahrgangsstufen und in welchen Fächern ist an den einzelnen Schularten eine historisch-kritische Auseinandersetzung mit Hitlers Hetzschrift „Mein Kampf“ vorgesehen?
2. Inwiefern ist vorgesehen, die kritische Edition des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) in den Unterricht an den einzelnen Schularten einzubeziehen und wie werden die einzelnen Schulen dabei ggf. vom Freistaat finanziell unterstützt?
3. Inwiefern wurden die Lehrkräfte an den bayerischen Schulen auf die gewandelten Rahmenbedingungen (Ablauf der Urheberrechte, Veröffentlichung der kritischen Edition des Instituts für Zeitgeschichte) und die damit einhergehende mediale Präsenz des Themas vorbereitet?
4. Welche speziellen didaktischen Konzepte und Handreichungen stehen den Lehrkräften für die historisch-kritische Auseinandersetzung mit Hitlers Hetzschrift „Mein Kampf“ zur Verfügung?
5. Welche speziellen Fortbildungsangebote stehen den Lehrkräften hinsichtlich der historisch-kritischen Auseinandersetzung mit Hitlers Hetzschrift „Mein Kampf“ im Unterricht zur Verfügung?
6. Weshalb wurde die von allen Landtagsfraktionen geforderte und bereits im November 2012 von der Staatsregierung angekündigte „didaktisch aufbereitete und kontextualisierende Publikation in der Federführung der Landeszentrale“ für „eine breitere Zielgruppe (inkl. der Schulen)“ von der Staatsregierung zwischenzeitlich behindert bzw. wissentlich verzögert und damit nicht rechtzeitig, d.h. bis Ende 2015, fertiggestellt?
7. Bis wann ist mit der Vorlage einer entsprechenden Handreichung zu rechnen, wie wird diese publiziert und an welchen Schularten bzw. in welchen Jahrgangsstufen/Fächern soll sie zum Einsatz kommen?

Begründung:

Bereits im Jahr 2011 hat der Landtag von der Staatsregierung ein Konzept zum Umgang mit NS-Druckerzeugnissen (insbesondere von „Mein Kampf“), deren Urheberrecht Ende 2015 abgelaufen ist, gefordert. Damit war das Ziel verbunden, diesen Hetzschriften gut vorbereitet, offensiv, aufklärend und historisch-kritisch entgegenzutreten. Diese Absicht wurde in Form eines interfraktionellen Antrags im Jahr 2012 noch einmal untermauert (Drs. 16/14947). Darin wurde explizit auch „eine komprimierte Ausgabe mit exemplarischen Texten und leicht verständlichen Kommentierungen, zum Gebrauch in der politischen Bildung“ gefordert.

Am 31. Dezember 2015 endete das Urheberrecht des Freistaats Bayern an Adolf Hitlers „Mein Kampf“. Das Institut für Zeitgeschichte (IfZ) hat zu Beginn dieses Jahres eine kommentierte und kritische Ausgabe von „Mein Kampf“ vorgelegt, deren Präsentation von großem medialem Interesse begleitet wurde. Verschiedene Lehrerverbände – wie z.B. der Bayerische Lehrerinnen- und Lehrerverband oder der Deutsche Philologenverband – haben sich in diesem Zusammenhang für eine offensive und historisch-kritische Auseinandersetzung mit Hitlers Hetzschrift an den Schulen ausgesprochen und eine staatliche Unterstützung dabei eingefordert.

Dieser Forderung ist die Staatsregierung bisher nicht nachgekommen. Obwohl das damalige Staatsministerium für Unterricht und Kultus bereits am 5. November 2012 angekündigt hat, dass „neben einer wissenschaftlichen Edition für den akademischen Bereich durch das Institut für Zeitgeschichte für eine breitere

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Zielgruppe (inklusive der Schulen) eine didaktisch aufbereitete und kontextualisierende Publikation in der Federführung der Landeszentrale erstellt werden [soll]“, wurde diese Arbeit in der Folge verzögert. So heißt es in der Antwort des Staatsministeriums auf eine entsprechende Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 30. Januar 2014, Drs. 17/516: „Das Grobkonzept sieht thematische Blöcke vor, die inhaltlich noch nicht weiter ausgearbeitet wurden. Im Frühjahr 2013 wurde die Arbeit an der Publikation zurückgestellt“.

In einer Pressemitteilung vom 7. Januar 2016 kündigte der Kultusminister nun wiederum an, dass „die Vorlage einer Handreichung, die die Fragestellung mit Blick auf „Mein Kampf” in der Schule erörtert und entsprechende Tipps für Lehrkräfte und Multiplikatoren gibt“, von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit geplant sei.

Da durch die ständigen Meinungsänderungen der Staatsregierung viel Zeit verloren gegangen ist, um die Lehrkräfte in ihren Bemühungen einer historisch-kritischen Auseinandersetzung mit Hitlers Hetzschrift „Mein Kampf“ zu unterstützen, ist das Kultusministerium nun dazu aufgefordert, dieses Versäumnis nachzuholen und dem Landtag über die entsprechenden Schritte zu berichten.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 13.04.2016 **Drucksache** 17/**11073**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/**9827**

Historisch-kritische Auseinandersetzung mit "Mein Kampf": Schulen und Lehrkräfte gezielt unterstützen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Thomas Gehring**
Mitberichterstatterin: **Dr. Ute Eiling-Hütig**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 44. Sitzung am 17. März 2016 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 13. April 2016 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Martin Güll
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 10.05.2016 **Drucksache** 17/**11373**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**9827**, 17/**11073**

Historisch-kritische Auseinandersetzung mit „Mein Kampf“: Schulen und Lehrkräfte gezielt unterstützen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Bildung und Kultus unverzüglich schriftlich und mündlich über die historisch-kritische Auseinandersetzung mit Hitlers Hetzschrift „Mein Kampf“ an den bayerischen Schulen – speziell unter den gewandelten Rahmenbedingungen (Ablauf der Urheberrechte, Veröffentlichung der kritischen Edition des Instituts für Zeitgeschichte) – zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. In welchen Jahrgangsstufen und in welchen Fächern ist an den einzelnen Schularten eine historisch-kritische Auseinandersetzung mit Hitlers Hetzschrift „Mein Kampf“ vorgesehen?
2. Inwiefern ist vorgesehen, die kritische Edition des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) in den Unterricht an den einzelnen Schularten einzubeziehen und wie werden die einzelnen Schulen dabei ggf. vom Freistaat finanziell unterstützt?
3. Inwiefern wurden die Lehrkräfte an den bayerischen Schulen auf die gewandelten Rahmenbedingungen (Ablauf der Urheberrechte, Veröffentlichung der kritischen Edition des Instituts für Zeitgeschichte) und die damit einhergehende mediale Präsenz des Themas vorbereitet?
4. Welche speziellen didaktischen Konzepte und Handreichungen stehen den Lehrkräften für die historisch-kritische Auseinandersetzung mit Hitlers Hetzschrift „Mein Kampf“ zur Verfügung?
5. Welche speziellen Fortbildungsangebote stehen den Lehrkräften hinsichtlich der historisch-kritischen Auseinandersetzung mit Hitlers Hetzschrift „Mein Kampf“ im Unterricht zur Verfügung?
6. Weshalb wurde die von allen Landtagsfraktionen geforderte und bereits im November 2012 von der Staatsregierung angekündigte „didaktisch aufbereitete und kontextualisierende Publikation in der Federführung der Landeszentrale“ für „eine breitere Zielgruppe (inkl. der Schulen)“ von der Staatsregierung zwischenzeitlich behindert bzw. wissentlich verzögert und damit nicht rechtzeitig, d.h. bis Ende 2015, fertiggestellt?
7. Bis wann ist mit der Vorlage einer entsprechenden Handreichung zu rechnen, wie wird diese publiziert und an welchen Schularten bzw. in welchen Jahrgangsstufen/Fächern soll sie zum Einsatz kommen?

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer
Abg. Georg Rosenthal
Abg. Prof. Dr. Michael Piazolo
Abg. Rosi Steinberger
Abg. Dr. Ute Eiling-Hütig
Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle
Abg. Isabell Zacharias

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die **Tagesordnungspunkte 5 bis 7** auf:

Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u. a. (SPD)
Hitlers "Mein Kampf" durch politische Bildung demaskieren (Drs. 17/10158)

und

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für einen verantwortungsvollen und kritischen Umgang mit der kommentierten Ausgabe von "Mein Kampf" im Bildungsbereich sorgen (Drs. 17/10044)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Historisch-kritische Auseinandersetzung mit "Mein Kampf": Schulen und Lehrkräfte gezielt unterstützen (Drs. 17/9827)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 36 Minuten. Die Verteilung der Redezeit darf ich als bekannt voraussetzen. Erster Redner ist Herr Kollege Rosenthal. Bitte sehr.

Georg Rosenthal (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! "Hitlers ‚Mein Kampf' durch politische Bildung demaskieren" war sowohl im Bildungsausschuss als auch im Wissenschaftsausschuss Thema. Wir wollen uns erinnern, so präzisiert es Theodor W. Adorno in einem Rundfunkvortrag von 1966 mit dem Titel "Erziehung nach Auschwitz". Oder anders gesagt: Das erste Ziel aller Pädagogik sei die Verhinderung eines zweiten Auschwitz. Zugespitzt lautete die Frage, die bis heute aktuell ist: Wie konnte es zu diesem Bruch mit aller Menschlichkeit kommen, und wie kann Erziehung Ähnliches in Zukunft verhindern? Adorno nahm damit das Ende politischer und gesell-

schaftlicher Entwicklungen in den Zwanziger- und Dreißigerjahren in den Blick. Er bezog sich auf den Endpunkt der Vernichtungspolitik der Nazis. Die Demaskierung von Hitlers Buch bezieht sich hingegen auf den Beginn der nationalsozialistischen Bewegung, und ich glaube, der heutige Tag ist ein guter Tag für diesen Antrag; denn heute jährt sich der Tag, an dem die Horden des Nationalsozialismus die geistige Kultur Deutschlands und Europas mit Füßen getreten haben. Viele Tausende haben sich im damaligen Dritten Reich aktiv oder durch Zuschauen und Beifallsbekundungen an Bücherverbrennungen beteiligt. Auch in München findet heute eine Lesung statt, um daran zu erinnern.

Es geht darum, die Demaskierung des Buches durch eine Form der pädagogischen Handreichung zu erleichtern. Es geht auch darum, die verbale und verschriftlichte Gewaltsprache und die Entgrenzung von Diskriminierung und Gewalt zu entlarven. Um es anders auszudrücken, wie Hannah Arendt es uns hinterlassen hat: Es ist die "Banalität des Bösen", die es zu demaskieren gilt. Es sind oft die ganz kleinen, unscheinbaren Anfangspunkte der Gewalt, die allzu leicht übersehen werden. Es muss der gesamte Prozess der Verrohung betrachtet und der prozessuale Charakter beleuchtet werden; denn die Erfahrung lehrt uns, dass weder der Appell an die Werte der Menschen noch die Betonung der Qualitäten von Minderheiten weiterhilft.

Ein anderes Beispiel – zur Erinnerung – unterstreicht dies auf eindrucksvolle Art und Weise: Es kann nicht sein, was nicht sein darf, so beschrieb eine Zeugin eines der fünf in Bayern verübten NSU-Morde die einseitigen Ermittlungen der bayerischen Sicherheitsbehörden. Leipzig und Dresden lehren uns am Rande der Pegida-Demonstrationen: Die bereits heute gängige Verrohung, Morddrohungen und dumpfe Verunglimpfungen, aber auch die körperlichen Übergriffe auf Journalisten sind die Menetekel von massenhaft praktizierter Gewalt. Die Zahl der Angriffe auf Asylbewerberunterkünfte hat sich im vergangenen Jahr laut Verfassungsschutzbericht mit mehr als 60 Taten in Bayern fast verdreifacht. Der Präsident des Bayerischen Landeskriminalamtes berich-

tete erst vor wenigen Tagen über eine zunehmende Fremdenfeindlichkeit in ländlichen Regionen.

Wenn das Stimmungsbild zutrifft, stellt sich die Frage: Wie reagiert der demokratische, wehrhafte Staat darauf? Welche niederschwelligen Angebote sind notwendig? – Wenn wir uns die gegenwärtige Lage anschauen, stellen wir fest, dass bestimmte – in Anführungszeichen – "Sagbarkeiten" wie Lügenpresse und der Aufbau von Feindbildern wieder salonfähig werden. Die Reduktion komplexer politischer Sachverhalte wird bewusst in Kauf genommen, und das typische Bild antidemokratischer und totalitärer Ideologienbildung ist wieder salonfähig geworden.

Dazu passt, dass parallel dazu die rechtsmotivierten Straftaten innerhalb eines Jahres um 18 % zugenommen haben. Die rechtsextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten liegen mit 1.759 um 30 % höher. Hauptgrund der Zunahme sind sicherlich rassistisch motivierte Straftaten gegen Asylsuchende und Asylbewerberunterkünfte; aber auch die Zahl der Volksverhetzungen verdoppelte sich von 2012 bis heute. Wir wissen aus Studien, dass 30 % der Bürgerschaft latent für Antisemitismus und Rassismus ansprechbar sind. Diese Zahlen zeigen uns: Geschichtsrevisionismus, ob von links, rechts oder im Tarnmantel des Islamismus, muss mit fundiertem Wissen entgegengetreten werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Die Geschichte lehrt uns: Wir müssen die Grundlagen schaffen und das Wissen zugänglich machen; und gerade die deutsche Geschichte verpflichtet uns, Demagogen zu demaskieren.Die Geschichte des Nationalsozialismus zeigt uns aber noch etwas anderes, nämlich, wie es binnen kurzer Zeit gelingen kann, eine zivilisatorische Universalmoral durch bösartiges Verdrehen zu zerstören. Wir müssen uns immer wieder vergegenwärtigen, dass es sich um eine massenhafte Bewegung gehandelt hat. Die Leute waren überzeugt, dass ihr Handeln richtig sei, weil sich die Denkmuster verändert haben. Geschieht dies nicht auch heute wieder in unserer Gesellschaft in einer

merkwürdigen Form von sozialer Übereinstimmung? Das Narrativ hat sich an dieser Stelle grundlegend geändert.

Die Frage lautet: Welche Antworten geben wir als Parlament und als Demokratinnen und Demokraten? – Es kann nur eine flächendeckende Antwort in allen Schularten sein. Flächendeckend heißt auch fächerübergreifend – nicht nur konzentriert auf Geschichte und Sozialkunde. Die Werte der Demokratie, der Freiheit, der Rechtsstaatlichkeit sind auch das Fundament aller Schulfächer und vor allen Dingen des politischen Lebens. Warum hat sich der Freistaat vor 16 Jahren, als das Bildungsprogramm "Demokratie leben und fördern" aufgelegt worden ist, als eines von drei Bundesländern nicht daran beteiligt? Es bleibt bei der Forderung: Wir müssen Möglichkeiten schaffen, gegen Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit vorzugehen. Das bedeutet aber auch die Verstärkung der Werteerziehung auf allen Ebenen. Wir sollten – das ist unsere Forderung als Fraktion – in den Schulen und außerhalb der Schulen Sonderprogramme für politische Bildung auflegen.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt auch, Signale zu setzen, um eine wehrhafte Demokratie zu stärken. Eine Demokratie ist so stark wie die Anzahl ihrer leidenschaftlichen Demokratinnen und Demokraten. Inwiefern haben wir das in der Schule praktiziert? – Die Antwort lautet: Politische Bildung reduziert sich auf einzelne, dünn gesäte Schulfächer und Bildungsveranstaltungen; sie ist keine Querschnittsaufgabe. In Schulparlamenten oder Schülerzeitungen sollten Freiräume geschaffen werden, um Lernfelder für Demokratie zu eröffnen. An dieser Stelle stoßen wir immer wieder an die Grenze des Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes. Schulische und außerschulische Programme sollten eine flächendeckende politische Bildung ermöglichen. Das ist unsere Antwort auf die Zeichen der Zeit. – Meine Damen und Herren, herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Rosenthal. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat Herr Kollege Professor Piazolo das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Rosenthal – ich habe genau zugehört – hat das Thema umfassend behandelt. Das ist sicherlich nicht falsch. Das Thema sollte immer wieder im Landtag behandelt werden. Ich will es jedoch anders angehen und mich auf die Anträge beziehen. Uns liegen drei Anträge vor, die wir alle einstimmig in den Ausschüssen beschlossen haben. Jetzt ziehen wir sie trotzdem hoch. Damit haben wir die Gelegenheit, grundsätzlich über die neue wissenschaftliche Ausgabe von "Mein Kampf" zu sprechen.

Ich erinnere mich noch gut daran, wie ich mir für einen wissenschaftlichen Aufsatz eine Ausgabe von "Mein Kampf" besorgen wollte. Das war in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg zu Recht nicht mehr so leicht. Ich habe es an meinem damaligen Arbeitsplatz versucht, es ist mir auch gelungen. Die Bibliothekarin ist jedoch in einen Sonderraum marschiert, hat den sogenannten "Giftschrank" geöffnet und das Buch herausgeholt. Man musste unterschreiben und das Buch möglichst bald zurückgeben. In Deutschland gab es lange Zeit einen ganz besonderen Umgang mit diesem – das sage ich ganz deutlich – Schundwerk. Das ist heute anders. Heute gibt es eine kommentierte wissenschaftliche Ausgabe vom Institut für Zeitgeschichte. Ich bin froh, dass es diese Ausgabe gibt, weil der Urheberrechtsschutz bald ausläuft. Diese wissenschaftliche Ausgabe ist keine leichte. Die Ausgabe umfasst insgesamt 2.000 Seiten mit 3.700 Fußnoten. Inzwischen hat sie es auf die "SPIEGEL"-Bestsellerliste geschafft – seit einiger Zeit übrigens mit steigenden Plätzen. Man kann sich fragen: Wer ist bereit, diese lange Ausgabe wirklich zu lesen? Wird möglicherweise von anderen auf das Werk zugegriffen?

Die drei Berichtsanträge, denen zugestimmt wird, halten wir für sehr sinnvoll. Mit den Anträgen wird insbesondere ein Bericht über den Einsatz der kommentierten Ausgabe

von "Mein Kampf" im Schulunterricht und an Hochschulen gefordert. Ich möchte jedoch deutlich machen, dass es sich nicht um eine völlig neue Situation handelt. Schon jetzt kann man die Ausgabe an Schulen und an Hochschulen verwenden. Sie können Auszüge daraus behandeln. Für mehr ist auch an Schulen und Hochschulen kein Raum. Insofern plädiere ich für einen sehr differenzierten Umgang, auch mit der neuen wissenschaftlichen Ausgabe.

Ich bin der Auffassung, dass diese Ausgabe im Unterricht in den meisten Fällen schwer einsetzbar ist, weil man eine zusätzliche Kommentierung braucht. Man kann die Schüler mit der jetzigen Ausgabe nicht einfach alleinlassen. Man braucht eine Anleitung und Zeit. Mit Blick auf die Lehrpläne – Herr Kollege Rosenthal hat das bereits angesprochen – haben wir für das Thema Sozialkunde jedoch insgesamt zu wenig Zeit. Erst neulich haben wir mit einem Antrag zusätzlichen Sozialkundeunterricht gefordert, der über eine Stunde Sozialkundeunterricht in vielen Klassenstufen an den Gymnasien hinausgeht. Ich nenne ein Beispiel: In der neunten Klasse der Realschule werden der gesamte Zweite Weltkrieg sowie die gesamte Phase des Imperialismus und des Stalinismus in 14 Stunden abgehandelt. Da wird es schon sehr schwierig, sich mit einem Thema wie "Mein Kampf" sachgerecht auseinanderzusetzen. Wir müssen eine Debatte darüber führen – das können wir vielleicht aufgrund der Berichtsanträge –, wann und wie ein Einsatz an der Schule sinnvoll ist.

Aus meiner Sicht besteht bei diesem Werk ein Spannungsfeld zwischen jahrzehntelanger Überhöhung einerseits und Banalisierung andererseits, die auch eine Gefahr darstellt. Mit diesem Werk sind viele Mythen, aber auch Abscheu und Ängste und manchmal auch Neugier verbunden. Es wird sich die Frage stellen, wie man im Unterricht mit diesem Werk, mit diesem Schundwerk, umgeht, wenn man es möchte. In diese Richtung gehen auch die Berichtsanträge. Ich halte es für sehr sinnvoll, dass auch die Akademie für Politische Bildung Lehrerfortbildungen zu diesem Thema anbietet. Das ist kein leichtes, sondern ein sehr schwieriges Thema. Aus meiner Sicht sind eine Versachlichung und eine seriöse Beschäftigung wichtig. Ich warne jedoch

davor – das sage ich ausdrücklich –, sich auch im Schulunterricht zu viel mit dem Werk zu beschäftigen.Man kann die Zeit der NS-Diktatur und des Zweiten Weltkrieges mit anderen Mitteln thematisieren und sollte den Schwerpunkt nicht unbedingt auf dieses Werk legen.

Nichtsdestoweniger ist es sehr gut – deshalb haben wir alle Berichtsanträge unterstützt –, dass eine kritische, wissenschaftliche Edition vorliegt. Man muss mit ihr umgehen, an den Hochschulen – dort ist es sicherlich am leichtesten –, aber auch an den Schulen. Allerdings bedarf es des differenzierten Umgangs je nach Schulart – Gymnasium, Realschule, Mittelschule – und Klassenstufe.

All diese Punkte gilt es intensiv zu besprechen. Zu den entsprechenden Fragen werden wir seitens der Staatsregierung sicherlich Berichte erhalten. Letztlich wird es jedem einzelnen Lehrer überlassen bleiben, wie er mit dem Thema umgeht. Hilfestellung ist wichtig, und es ist zu begrüßen, dass es eine kommentierte Ausgabe gibt. Ich will aber auch deutlich formulieren, dass das Vorliegen einer kommentierten Ausgabe keine völlig neue Situation schafft. Wir sollten sie auch nicht schaffen. Man sollte das Werk nicht wichtiger nehmen, als es ist, auch nicht im Schulunterricht. – Danke schön, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Besten Dank, Kollege Piazolo. – Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Steinberger von der Fraktion der GRÜNEN. Bitte sehr.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus Worten werden Taten, wenn nicht rechtzeitig interveniert wird. Diese Lehre sollten wir alle aus dem Umgang mit dem Buch "Mein Kampf" ziehen. Aber lassen Sie mich zunächst einmal einen Blick in die Historie werfen.

Mit Jahresbeginn sind die Urheberrechte für Hitlers Hetzschrift "Mein Kampf" ausgelaufen. Wir GRÜNEN hatten schon im Jahr 2010 mit einer Anhörung die Diskussion darüber angestoßen, wie wir nach Ablauf der Urheberrechte mit dieser NS-Schrift umgehen sollten. Daraufhin forderte der Landtag dankenswerterweise bereits 2011 von der Staatsregierung ein Konzept zum Umgang mit dem Buch "Mein Kampf". Mit diesem Antrag war das Ziel verbunden, dieser Hetzschrift gut vorbereitet, offensiv, aufklärend und historisch-kritisch entgegenzutreten. Im Jahr 2012 wurde diese Absicht auf unsere Initiative hin untermauert.

Das Institut für Zeitgeschichte – IfZ – hat zu Beginn dieses Jahres eine kommentierte, kritische Ausgabe von "Mein Kampf" vorgelegt, deren Präsentation von großem medialen Interesse begleitet wurde. Dem medialen Interesse folgte großes Interesse der Bevölkerung. Die Verkaufszahlen übertrafen die Erwartungen des IfZ deutlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, umso wichtiger ist es, dass gerade unsere Lehrkräfte optimal darauf vorbereitet sind, sich gemeinsam mit ihren Schülerinnen und Schülern historisch-kritisch mit Hitlers Hetzschrift und deren Rolle für die Entwicklung der menschenverachtenden NS-Ideologie auseinanderzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Verschiedene Lehrerverbände, zum Beispiel der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband und der Deutsche Philologenverband, haben sich in diesem Zusammenhang für eine offensive und historisch-kritische Auseinandersetzung mit Hitlers Hetzschrift an den Schulen ausgesprochen und staatliche Unterstützung dafür eingefordert. Dieser Forderung ist die Staatsregierung bisher nicht nachgekommen. Entgegen der gemeinsamen Positionierung aller im Landtag vertretenen Parteien hat die Staatsregierung die Vorbereitung einer entsprechenden Handreichung durch die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit im Frühjahr 2013 gar gestoppt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Erst zu Beginn dieses Jahres erklärte Kultusminister Spaenle, dass die Vorlage einer Handreichung für Lehrkräfte und pädagogische Multiplikatoren von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit nun doch geplant sei. So weit, so gut.

Da aber durch die ständigen Meinungsäußerungen der Staatsregierung viel Zeit verloren gegangen ist, um die Lehrkräfte in ihren Bemühungen um eine kritische Auseinandersetzung mit dieser Hetzschrift zu unterstützen, ist das Kultusministerium nun dazu aufgefordert, das Versäumte nachzuholen und dem Landtag über die entsprechenden Schritte zu berichten.

Der kritischen, historisch fundierten Auseinandersetzung mit dem Buch "Mein Kampf" dürfen sich die Schulen – insbesondere angesichts der derzeitigen medialen Aufmerksamkeit – nicht entziehen. Wir schätzen zwar die Verführungswirkung dieses Buches auf die heutige Jugend als gering ein; dieses Buch bietet aber ein erschreckendes Beispiel dafür, wie eine menschenverachtende Ideologie entwickelt und begründet worden ist. Anhand dieses Beispiels kann sehr gut vermittelt werden, dass Ideologien, insbesondere solche vom äußersten rechten Rand des politischen Spektrums, an den Worten gemessen werden müssen. Aus Worten folgen Taten, wenn nicht rechtzeitig interveniert wird. Nie war diese Einsicht so wichtig wie heute. Die kritische Auseinandersetzung mit dem Buch im Unterricht ist deshalb von eminenter Wichtigkeit.

Wir werden allen Anträgen zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr, Frau Kollegin Steinberger. – Für die CSU-Fraktion hat sich Frau Kollegin Dr. Eiling-Hütig gemeldet. Bitte sehr.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte es sehr kurz machen: Wir stimmen allen drei Anträgen der Opposition zu. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich werde aber doch etwas weiter ausführen. Zunächst eine kurze Ergänzung zu dem Redebeitrag von Herrn Rosenthal: Als Sie Zahlen nannten und sich auf Bayern bezogen, hätten Sie korrekterweise auch die Zahlen aus Nordrhein-Westfalen – SPD-regiert! – erwähnen müssen. Dort lag die Zahl der entsprechenden Übergriffe im Jahr 2015 bei 214 und damit fast neunmal höher als im Jahr 2014. Ich erwähne das, wie gesagt, nur zur Ergänzung.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, als Historikerin begrüße ich es, dass sich der Bayerische Landtag eingehend mit dem künftigen Umgang mit "Mein Kampf" im Schulunterricht auseinandersetzt. Ich begrüße es ebenso, dass alle Fraktionen im federführenden Ausschuss für Bildung und Kultus und im mitberatenden Ausschuss für Wissenschaft und Kunst den drei vorliegenden Anträgen, in denen es um den verantwortungsvollen und kritischen Umgang mit der kommentierten Ausgabe von "Mein Kampf" geht, einstimmig zugestimmt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das zeigt, dass wir uns der großen Bedeutung dieses Themas, aber auch der Gefahren bei der Vermittlung der Inhalte sowie der perfiden Ideologie des Verfassers sehr bewusst sind. Und es zeigt, dass wir insoweit an einem Strang ziehen. Gerade als Historikerin lege ich aber auch großen Wert darauf, dass wir die Diskussion mit der notwendigen Klarheit und Präzision führen, die einem so schwierigen Thema zustehen. Deshalb möchte ich vorab drei Feststellungen treffen:

Die Tatsache, dass seit Beginn dieses Jahres erstmals eine wissenschaftlich kommentierte Gesamtausgabe von "Mein Kampf" vorliegt, bedeutet nicht, dass dessen Inhalte und die darin verbreitete menschenverachtende Ideologie jetzt erstmals im Unterricht behandelt würden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Bei uns in Bayern gehören Auszüge aus "Mein Kampf" vielmehr seit Langem zu den gängigen, auch in Schulbüchern abgedruckten Quellen, die im Geschichtsunterricht behandelt werden, wobei von der jeweiligen Lehrkraft entschieden wird, ob und wie "Mein Kampf" in den Unterricht über das NS-Regime einbezogen wird. Als Historikerin kann ich Ihnen sagen: Wer Geschichtsunterricht betreibt, ohne historische Quellen einzubeziehen, betreibt keinen guten Geschichtsunterricht. Deshalb ist die Befassung auch mit NS-Quellen seit Langem Teil der methodisch und inhaltlich profunden Quellenarbeit im Geschichtsunterricht.

Das bloße Auslaufen der Urheberrechte von "Mein Kampf" stellt den Geschichtsunterricht bzw. die Geschichtslehrkraft daher mitnichten plötzlich vor gänzlich neue Herausforderungen. Auch in Zukunft gilt generell: Unveränderte Nachdrucke der Hetzschrift "Mein Kampf" dürfen nicht verwendet werden. Jegliches volksverhetzende Material wird konsequent eingezogen; diejenigen, die es verbreiten, werden strafrechtlich verfolgt.

Herr Piazolo, ich gebe Ihnen recht: Bisher sehen die Lehrpläne in Bayern keine vertiefte Auseinandersetzung mit "Mein Kampf" vor. Im Sinne einer präventiven und fundierten didaktischen Auseinandersetzung kann in Verantwortung der Lehrkräfte mit entsprechender fachlicher und didaktischer Vorbereitung allerdings auch eine historisch-kritische Quellenarbeit mit Auszügen aus "Mein Kampf", zum Beispiel aus der kommentierten Ausgabe des Instituts für Zeitgeschichte, erfolgen. Es gilt, die Schrift "Mein Kampf" mit den weiteren Komponenten der NS-Ideologie, ihren geistigen Wurzeln und Hintergründen sowie den verheerenden Folgen der Realisierung dieser menschenverachtenden Anschauung – ich nenne nur die Stichworte Holocaust und Zweiter Weltkrieg – zu kontextualisieren.Diese inhaltlich und methodisch aufbereitete Beschäftigung mit "Mein Kampf" begleitet das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus mit einem zusätzlichen mehrstufigen Programm. Dabei ist die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit ein kompetenter Partner.

Im April 2016 wurden im Rahmen einer Tagung an der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen Multiplikatoren an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen im Hinblick auf die besonderen wissenschaftlichen, didaktischen, methodischen und pädagogischen Anforderungen, die sich aus Hitlers Hetzschrift "Mein Kampf" für den Unterricht ergeben, fortgebildet. Die Anregungen, die die Multiplikatoren dort gegeben haben, hat die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit mitgenommen. Sie bereitet jetzt eine Handreichung für Lehrkräfte vor, die im September 2016 erscheinen soll.

Diese Publikation wird nicht nur die bereits gestellten Fragen mit Blick auf "Mein Kampf" in der Schule erörtern, sondern auch praktische Hinweise und pädagogische Beispiele für den Umgang mit der Quelle "Mein Kampf" geben. In einem dritten Schritt wird von der Landeszentrale eine voraussichtlich dreibändige Publikation über den Nationalsozialismus herausgegeben, in deren Rahmen das NS-Schrifttum insgesamt – denken Sie an Rosenbergs "Der Mythus des 20. Jahrhunderts" oder an die Tagebücher Goebbels – nicht nur angemessen historisch eingeordnet, sondern auch didaktisch aufbereitet und mit Anregungen für die schulische Bildung versehen dargestellt wird.

Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, dass die Staatsregierung, wie in den drei Anträgen gefordert, dem Ausschuss für Bildung und dem Ausschuss für Wissenschaft mündlich und schriftlich darüber berichtet, welche Maßnahmen zur Fortbildung der Lehrkräfte getroffen werden, wie die genannte Entwicklung einer pädagogisch begleiteten Handreichung für die kommentierte Ausgabe von "Mein Kampf" im Detail erfolgt, welcher Zeitplan, welche Fortbildungsangebote für Lehrkräfte, welche Information für die Öffentlichkeit, welche Kooperationen mit anderen Einrichtungen und welche Empfehlungen an die KMK vorgesehen sind und wie die Auseinandersetzung mit "Mein Kampf" in den einzelnen Schularten und in den Jahrgangsstufen in Zukunft erfolgen soll. Ich kann Ihnen sagen, dass ich an der Beantwortung gerade dieser Fragen sehr interessiert bin.

Abschließend möchte ich betonen, dass sich unsere Schülerinnen und Schüler in Bayern nicht nur mit den braunen Tätern, sondern auch mit den Millionen unschuldiger Opfer von Hitlers menschenverachtender Ideologie beschäftigen müssen. Das Schicksal und der Mord an den Mitgliedern der Weißen Rose oder an Anne Frank zeigen den Schülerinnen und Schülern eindringlich, welch schreckliche Folgen die NS-Ideologie, wie sie Hitler in "Mein Kampf" erstmals formulierte, für diese jungen Menschen hatte.

Aber nicht nur der Nationalsozialismus, sondern auch der Rechtsextremismus insgesamt ist an den Schulen seit Langem Thema. Er ist nicht nur Gegenstand des Lehrplans für Geschichte und Sozialkunde, sondern er wird auch in vielen anderen Lehrplänen intensiv behandelt. Sie kennen es. Wir haben darüber gesprochen. An vielen Schulen finden nachhaltige Projekte statt, so etwa "Werte machen stark", "Prävention im Team" und "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage". Mittlerweile haben 400 bayerische Schulen den Titel "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" verliehen bekommen. Das ist ein sehr gutes Zeichen.

(Beifall bei der CSU)

Auch die Jugendsozialarbeit an den Schulen leistet einen wichtigen Beitrag zur Prävention. Nicht zuletzt deshalb – das wissen Sie auch – berichten viele Verfolgte des NS-Regimes wie zum Beispiel Max Mannheimer immer wieder auch persönlich an den Schulen über ihre schrecklichen Erlebnisse in den Konzentrationslagern. Diese Zeitzeugenberichte sind ganz wichtig. Das alles zeigt, dass wir in Bayern die Aufbereitung des Nationalsozialismus im Sinne eines "Nie wieder" sehr ernst nehmen. Deshalb stimmt auch die CSU-Fraktion allen drei Anträgen zu.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Abschließend spricht Herr Staatsminister Dr. Spaenle zu dem Thema. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Vor wenigen Tagen konnte man bei der jährlichen Gedenkfeier anlässlich der Befreiung des KZ Flossenbürg eine bewegende Zeremonie miterleben. Für die Opfer von Sinti und Roma wurde ein Denkmal unter bewegender Teilnahme von Zeitzeugen feierlich enthüllt. Besonders bewegend waren für mich die Präsenz und die Beiträge von jungen Menschen aus allen Ländern und Teilen Europas, aus West-, Süd- und Osteuropa, aus Israel und aus Deutschland, die sich anlässlich einer Arbeitswoche in und um die KZ-Gedenkstätte mit den Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus auseinandergesetzt haben und die in ihrer jeweiligen Landessprache unsere Kernbotschaft "Nie wieder" – von Frau Kollegin Eiling-Hütig ist sie gerade angesprochen worden – formuliert haben. Diese Botschaft, das "Nie wieder", gehört zu unserer Staatsräson.

Die Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung als Rechtsnachfolger des Eher-Verlages und Wahrnehmer der Urheberrechte an "Mein Kampf", so lange, wie es das Urheberrecht ermöglichte, den Nachdruck von "Mein Kampf" zu verhindern, war und ist gesamtgesellschaftlich getragen. Dass es aus welchen Quellen auch immer Zugang zu diesem Machwerk gab, ist genauso richtig. Umso wichtiger war es, dass wir uns bereits lange vor dem Datum, das weltweit mediales Interesse auf sich zog, mit den Ursachen, die in den einmaligen Zivilisationsbruch in deutschem Namen mündeten und die in dem industriellen Massenmord an Menschen ihren perversen Absturz und tiefsten Punkt fanden, auseinandergesetzt hatten. Die Fragen, wie und warum es zu dieser einmaligen historischen Entgleisung kommen konnte, sind Bestandteil eines verantwortungsgeleiteten Geschichtsunterrichts und der politischen Bildung an unseren Schulen unter Einbeziehung historischer Originalquellen, und darunter fallen auch Passagen aus "Mein Kampf". Dass man nach dem 1. Januar 2016 den Umgang mit dem jetzt zugänglichen Werk, dessen Verbreitung in unveränderter Form nach wie vor wegen seines völkerverhetzenden Inhalts strafbar ist, anpassen und neu justieren musste, war allen klar.

Es ist bereits angesprochen worden: Die Bayerische Staatsregierung geht mit mehreren Schritten auf diese Aufgabe zu. Wir haben die Schulen mit umfangreichen Schreiben auf dieses Vorgehen hingewiesen. Wir haben sie auf die zugänglichen pädagogischen Quellen im Sinne von pädagogischen Handreichungen, die aktuell zur Verfügung stehen, hingewiesen, damit sie sich mit dem Thema, das sich aufgrund der neuen Lage und der medialen Aufmerksamkeit anders darstellt, auseinandersetzen können. Es werden Nachfragen gestellt, und es muss erklärt und erläutert werden. Eine umfangreiche Handreichung wird durch die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit nicht erst seit Kurzem, sondern schon seit Langem vorbereitet und den Schulen sobald wie möglich zur Verfügung gestellt. Wir haben landesweit eine umfangreiche Fortbildung für die zuständigen Fachbeauftragten und Fachreferenten angeboten. Die Landeszentrale hat seit Langem eine umfassende mehrbändige Neuauflage ihres Standardwerks über die NS-Zeit als dritten Schritt im Blick.

Diese Maßnahmen sind Teil der Gesamtstrategie der Auseinandersetzung mit den Ursachen, die zur NS-Katastrophe führten. Wir haben in den letzten fünf Jahren eine breit angelegte Kampagne mit dem Staat Israel, mit der zentralen Gedenkstätte Yad Vashem und mit europäischen Gedenkstätten vereinbart.Ich darf auf die breite Palette der Arbeit der Stiftung Bayerische Gedenkstätten verweisen. Ich habe persönlich dafür Sorge getragen, dass wir für Kinder aller weiterführenden Schularten, insbesondere auch der bayerischen Mittelschulen, den Besuch einer Gedenkstätte oder eines Dokumentationszentrums nicht per Ukas verfügen. Per Ukas verfügter Auseinandersetzungstourismus ist nämlich der falsche Weg.

Die besonderen Anforderungen liegen nicht in der Schulart begründet, sondern im Alter der jungen Menschen. Wir führen gerade ein Pilotprojekt mit über 30 Mittelschulen – der Kreis ist noch einmal erweitert worden – unter der Verantwortung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit durch. Die Besuche werden gemäß der jeweiligen Altersgruppe durchgeführt. Da besteht ein entscheidender Unterschied beispielsweise gegenüber dem Gymnasium. Den Gymnasialschülerinnen und -schü-

lern, die in der Oberstufe bis an die Volljährigkeit herangeführt werden, kann eine andere Form auch der intellektuellen Auseinandersetzung mit diesem zentralen Thema eröffnet werden als Kindern und jungen Leuten im Alter zwischen 14 und maximal 16 Jahren.

Das ist etwas Neues, das es in dieser Form bisher noch nicht gab. Wir haben deshalb den Schulen empfohlen und die Bitte an sie gerichtet, allen Kindern und jungen Menschen über alle Schularten hinweg – auch für die beruflichen Schulen – die Begegnung mit einer Gedenkstätte oder einem Dokumentationszentrum in Bayern zu ermöglichen. Das Ganze soll natürlich entsprechend pädagogisch vor- und nachbereitet werden. Wir empfehlen, dies in den schulischen Alltag mit aufzunehmen.

Nun ist natürlich nach dem Wegfall der Möglichkeiten, die das Urheberrecht bietet, eine zusätzliche Herausforderung gegeben. An der Nachfrage sehen wir, dass die kommentierte Ausgabe des IfZ, die im Übrigen eine herausragende wissenschaftliche Qualität hat, auf Bedarf stößt. Die kommentierte Ausgabe des IfZ ist selbstverständlich eine wichtige Handreichung und eine wichtige Möglichkeit für Lehrkräfte, den Unterricht vorzubereiten, daraus entsprechendes Quellenmaterial zu entnehmen und in den Unterrichtsalltag einzubringen.

Ich danke den Fraktionen des Bayerischen Landtags, dass sie die drei Berichtsanträge gemeinsam verabschieden. Wir werden den Bericht und die notwendigen Informationen dann in den Fachausschüssen geben. Dort werden wir auch die Auseinandersetzungen führen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke, Herr Staatsminister. – Wir haben eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Zacharias. Bitte schön.

Isabell Zacharias (SPD): Herzlichen Dank, Herr Staatsminister, für Ihre Ausführungen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie haben eben noch etwas Entscheidendes gesagt, nämlich dass sie Schulen aller Art auffordern, jedem Schüler und jeder Schülerin in Bayern die Möglichkeit zu bieten, zu Dokumentationszentren, ehemaligen Konzentrationslagern und Gedenkstätten zu fahren und sich zu informieren. Hier setzt meine Frage an. Wir haben darüber schon öfter gesprochen: Wie finanzieren das die Schulen? Genau gesagt: Wie finanzieren das die Eltern, damit die Schülerinnen und Schüler, und zwar alle, die in Bayern leben, nach Nürnberg, Dachau, zum Obersalzberg oder auch zum NS-Dokumentationszentrum in Nürnberg oder München oder nach Flossenbürg fahren können? Wir müssen das finanzieren; denn das ist eine kulturelle Aufgabe. Wie sehen Sie die Möglichkeiten einer Finanzierung durch den Freistaat?

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Es werden Fahrten zu den von Ihnen genannten Dokumentationszentren oder KZ-Gedenkstätten vom Freistaat finanziert. Im Übrigen werden seit Kurzem auch Fahrten nach Mödlareuth bezuschusst, auch wenn das historisch natürlich ein anderer Zusammenhang ist. Die Fahrten werden pro Kopf etwa mit einem Euro bezuschusst; genau habe ich die Summe nicht im Kopf. Der Zuschuss soll dazu dienen, einen großen Teil der Fahrtkosten zu bezahlen. Das ist gute Übung. Die Höhe des Zuschusses ist so angelegt, dass die Fahrt in der Regel finanzierbar und damit möglich ist. Den genauen Betrag, der einen Euro noch was ausmacht, kann ich Ihnen jetzt leider aus dem Kopf nicht sagen. Pro Schüler und Fahrt wird eine solche Unternehmung bezuschusst. Damit werden in der Regel zum großen Teil die Fahrtkosten abgegolten.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen

zur Abstimmung, zuerst über die vorliegenden drei Anträge. Anschließend folgt die namentliche Abstimmung über den zuvor behandelten Tagesordnungspunkt 4.

Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt bei den Anträgen der Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Zustimmung. Bei dem Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion empfiehlt der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus, dass auch diesem Ausschuss Bericht erstattet wird. Der mitberatende Ausschuss für Wissenschaft und Kunst schlägt ergänzend vor, dass im zweiten Satz des dritten Spiegelstriches die Wörter "einer anderen Einrichtung" durch die Wörter "anderen Einrichtungen wie etwa den Hochschulen und Volkshochschulen" ersetzt werden. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 17/11071.

Zwischen den Fraktionen besteht Einverständnis, dass wir über die Anträge insgesamt abstimmen und der Abstimmung das Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus bzw. bei dem Antrag der SPD-Fraktion das Votum des mitberatenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zugrunde legen. Wer also mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion in den vorgenannten Ausschüssen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Anwesenden. Ich frage zur Sicherheit nach: Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Jetzt komme ich zurück zu Tagesordnungspunkt 4 und damit zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der SPD betreffend "Schulbegleitung neu definieren: Schulbegleitung als pädagogischen Assistenten begreifen" auf Drucksache 17/8717. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Nun kommt es zur namentlichen Abstimmung über diesen Antrag. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung; Sie haben fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 17.26 bis 17.31 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird wie immer ermittelt. Ich bitte, jetzt wieder die Plätze einzunehmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)